

„Die Kommunen können nicht alles übernehmen“

Landkreis muss für 2014 einiges nachschießen / Neuregelung der Kostenerstattung für Flüchtlinge

BN 21.05.2015

Von unserem Redaktionsmitglied
Matthias Kuld

Kreis Karlsruhe. Zu den Dauerbrennern der Landkreispolitik gehören der Sozialaufwand, die Flüchtlingsunterbringung und der Öffentliche Personenverkehr. Kein Wunder also, dass sie auch auf der Tagesordnung der heutigen Kreistagssitzung stehen.

Einen Schwerpunkt in der Sachdebatte bilden naturgemäß die Finanzen, denn in allen drei Bereichen ist der Landkreis mit viel Geld dabei. Beim Thema Flüchtlinge und im Sozialen setzt Landrat Christoph Schnaudigel auf (teilweise gerade erreichte) Erleichterungen in der Form, dass sich Bund und Land verstärkt engagieren. Bezüglich des Nahverkehrs werden die Altlasten aus den Jahren 2010 bis 2013 abgerechnet, so dass dieser in den vergangenen Monaten mit viel Emotionen diskutierte Sachverhalt wieder in ruhigeres Fahrwasser kommen sollte.

Flüchtlinge

Der Landkreis kümmert sich um Auf- und Abtransport des Landes um die auf zwei Jahre begrenzte Unterbringung von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften. Dabei fallen auch Personal- und Gesundheitskosten an. Dafür erstattet das Land pro Kopf eine Pauschale von 13 260 Euro, die ausweislich Landkreis bei weitem nicht ausreicht. 20 000 Euro werden als notwendiger Betrag genannt.

Die Landkreise beklagen dieses Defizit seit langem. Der Kreis Karlsruhe nennt den Betrag von zehn Millionen Euro, der diesbezüglich aufgelaufen ist.

Ganz aktuell ist eine Vereinbarung, wonach das Land die Kosten für die Unterbringung in den Gemeinschaftsunterkünften für die Jahre 2014 und 2015 übernehmen wird. Laut Landrat Christoph Schnaudigel würde das im Landkreis für 2014 rund sechs Millionen ausmachen. 2015 müsste der Betrag höher sein, da der Landkreis angesichts der steigenden Asylbewerberzahl sehr viel mehr Gemeinschaftsunterkünfte bereitgestellt hat und noch bereitstellt. Eine Entlastung von Gewicht stelle das für den Kreishaushalt indes nicht dar, denn entsprechend dem Wunsch des Kreistags wurden die Forderungen an das Land bereits als Einnahmen im Haushalt verbucht. Von einem vollständigen Kostenausgleich – wie er kommunalpolitisch verlangt wird – ist auch der neue Finanzierungsmodus laut Schnaudigel noch ein gutes Stück entfernt.

Nahverkehr

An diesen Dauerbrenner, der für viel Ärger gesorgt hat, kann wohl ein Knopf gemacht werden. Bis zuletzt gab es Debatten darüber, was der Landkreis der Albtal-Verkehrsgesellschaft (AVG) für deren Leistungen zu bezahlen hat. Die AVG ist ein Tochterunternehmen der Stadt Karlsruhe, die für die vier genannten vier Jahre noch 16 Millionen

Euro wollte. In einem Kompromiss, so Landrat Schnaudigel, wurde die Summe auf acht Millionen gedrückt, die aus Rückstellungen beglichen werden können. Der Kompromiss wurde erforderlich, weil die Dokumentenlage keine exakte Analyse des im Landkreis erbrachten Leistungsumfangs erlaubt.

Seit 2014 schließt der Kreis mit der AVG eigene Verträge ab. Auch hat das Unternehmen nun alle Parameter für seine Leistungen transparent erarbeitet, so dass aus Kreissicht eine klare Ausgangslage mit Blick auf die Zukunft gegeben ist. Mit dramatischen Defizitsteigerungen rechnet der Landrat daher nicht. Auch das Thema einer möglichen Angebotsreduzierung ist aus Sicht Schnaudigels nicht gegeben: „Die Bahnen sind ja voll.“

Sozialaufwendungen

Wenn der Kreistag heute über außerplanmäßige Aufwendungen zu Lasten des Jahres 2014 diskutiert, geht es auch um mehrere Millionen Euro im Sozialetat. 3,2 Millionen werden beispielsweise benötigt bei „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“. Der Betrag steht für einen Mehrbedarf von über zehn Prozent des Plans. Neben der Steigerung der Fallzahlen insgesamt sind die Notwendigkeiten bei Schulbegleitungen und Therapien autistischer Kinder zahlenmäßig auffällig. 0,8 Millionen Mehrbedarf werden zur „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Ta-

gespflege“ erforderlich. Um den gleichen Betrag geht es bei „Hilfe zur Pflege“. 3,5 Millionen Euro Mehrbedarf werden für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen gemeldet – etwa sieben Prozent über dem Planansatz.

Ursachen für steigende Fallzahlen und teilweise daraus resultierenden Mehrbedarf gibt es verschiedene: demografische Entwicklung mit älter werdenden Menschen; behinderte Menschen, die ins Rentenalter kommen; eine deutliche Zunahme seelischer Erkrankungen. Landrat Christoph Schnaudigel rechnet mit weiter steigendem Bedarf, der sich teilweise aus der Zuwanderung ergeben wird. Die Entwicklung sei übrigens in den anderen Landkreisen identisch.

Den seit Jahren erheblich steigenden Sozialaufwand sieht der Landrat als ein wichtiges Thema für die Finanzverhandlungen mit Bund und Ländern. „Die Kommunen können nicht alles übernehmen“, sagt Schnaudigel, der einerseits ein „dickes Brett“, aber andererseits auch positive Entwicklungen sieht. Dies betrifft beispielsweise das Engagement des Bundes in der Eingliederungshilfe. Mit Blick auf die steigenden Kosten der Inklusion beispielsweise vertritt er als kommunaler Vertreter die These „wer bestellt, bezahlt“ – also nicht der Landkreis. ■ Kommentar

i Termin

Kreistagssitzung heute 15 Uhr, Becker-Halle, Karlsbad-Langensteinbach